

(0) Schrift (40) drucken

Fiskus entgehen Milliarden durch Personalmangel

vom 03.04.2010 | apn

Der Bundesrepublik entgehen jedes Jahr nach Darstellung der Deutschen Steuergewerkschaft Milliarden Euro an Einnahmen, weil in der Finanzverwaltung 15.000 Beamte fehlen. Dies geht aus der Personalbedarfsberechnung der Bundesländer hervor, wie die "Süddeutsche Zeitung" (SZ) unter Berufung auf die Gewerkschaft berichtet. Von den eigentlich notwendigen 130.000 Stellen sind in den Finanzämtern der Länder demnach nur rund 115.000 besetzt. "Kein Bundesland erfüllt derzeit den tatsächlichen Bedarf", sagte Gewerkschaftschef Dieter Ondracek der "SZ". Er schätzt, dass dem Staat jährlich etwa 30 Milliarden Euro an Steuern vorenthalten werden.



In der Finanzverwaltung 15.000 Steuerbeamte (Foto: imago)

WIRTSCHAFT

[Ratgeber - Steuererklärung: Was sich alles ändert](#)

[Tipps und Tricks - Wie Sie die Steuererklärung 2009 meistern](#)

[Rechtsschutz Versicherung - Top-Angebote im Vergleich](#)

[Verschwendung - Bei diesen Projekten werden Steuergelder vergeudet](#)

[Großes Special - Mit dieser](#)

zufolge bei Ver.di.

Fahnder im Außendienst besonders erfolgreich

Die Finanzbeamten im Außendienst seien besonders effektiv: Im Schnitt treibe ein Steuerfahnder jährlich knapp eine Million Euro zusätzlich für den Fiskus ein. Bei einem Betriebsprüfer seien es gut 1,2 Millionen Euro, berichtete die Zeitung weiter. Vor allem Kleinbetriebe und Einzelunternehmer, deren Zahl sich in den vergangenen 20 Jahren stark erhöht habe, müssten seltener mit Besuch von einem Prüfer rechnen. "In den 80er Jahren kam auf 200 Kleinunternehmer und Selbstständige ein Betriebsprüfer, heute beträgt dieses Verhältnis 700 zu eins", sagte Lars Feld, Volkswirtschaftsprofessor an der Universität Heidelberg, dem Blatt.

Zwtl: Bsirske sieht "organisiertes Steuervollzugsdefizit"

"Ver.di-Chef Frank Bsirske sprach von einem "organisierten Steuervollzugsdefizit". Der Staat verzichte "Jahr für Jahr auf Milliarden einnahmen, weil er nicht genug Steuerfahnder und Prüfer einsetzt". Davon profitierten "vor allem vermögende Unternehmen, Selbstständige und die Besitzer großer Kapitalvermögen, die weniger deklarieren als sie einnehmen, während Lohnsteuerpflichtige direkt mit der Gehaltsabrechnung zur Kasse gebeten werden".

AKTUELLES

Deutsche in Alpen verunglückt
Baum gefällt: erschlagen
Live: Zebras treffen nicht
Magath stichelt gegen Bayern
Zwei Tote bei Familiendrama
"Denver-Clan"-Star ist tot
Vierter CL-Platz für Bundesliga?
Burnout grassiert bei Polizei
Größtes Digitalfoto der Welt

EINKAUFSWELT



Kompakte Superzoomer

Objektive von Olympus, Canon u.v.a. zu Knallerpreisen. [mehr](#)

WIRTSCHAFT

[Schmugglern auf der Spur](#)

Schmugglern auf der Spur

Italien kontrolliert an der Schweizer Grenze potentielle Steuersünder. [zum Video](#)

WIRTSCHAFTSMELDUNGEN

Millionen-Strafe - Daimler beendet Bestechungs-Affäre

Hedge Fonds - Manager kassierte 4 Milliarden Dollar

Loks und Waggons - Rost bremst Gütergeschäft der Bahn

Geldautomaten - Sparkassen wollen höhere Gebühr als Banken

Urteil - Rabattwerbung auch unter Zeitdruck erlaubt












Anzeige

ANZEIGE

Passwort

Login

Passwort vergessen?

-  E-Mail
-  Meine Fotos
-  Meine Musik
-  Meine Videos
-  Telefonbücher & Lokale Suche
-  eBay
-  Wetter Berlin, 11°C
-  Amazon.de
-  OTTO
-  Ab in den Urlaub
-  Bundesliga Schalke, 58 Pkt.
-  Facebook®
-  Sicherheit Hohes Risiko

Dienste auswählen
[Kundencenter](#) [Hilfe](#)

Das Grundgesetz kennt keine Steuerpflicht

Erhöhung der Umsatzsteuer von 16 auf 19 Prozent geschah ohne gesetzliche Grundlage

Zu dem Bericht »Steuerfahnder in Bäckereien«:

Die Bundesrepublik Deutschland hat seit dem 1. Januar 2002 kein in Kraft befindliches Umsatzsteuergesetz, weil das im BGBl veröffentlichte UStG gegen den Art. 19 I 2 des Grundgesetzes, das sog. Zitiergebot verstößt. Mit dem Einführen des § 27b UStG, genannt Umsatzsteuer-Nachschau, wurde das UStG zitierpflichtig, weil nun mit Hilfe dieses Gesetzes der Art. 13 GG, die Unverletzlichkeit der Wohnung, eingeschränkt werden sollte. Ein Gesetz, das jedoch ein Grundrecht einschränkt, muss dieses Grundrecht im Wortlaut zitieren und auf die Einschränkung hinweisen. Z.B. nachzulesen in der Abgabenordnung der dortige § 413 (Einschränkung von Grundrechten). Im Art. 19 I 2 GG steht ausdrücklich, dass zitiert werden muss, die Rechtsfolge ist die Nichtigkeit des ganzen Gesetzes mit dem Inkrafttreten,

um Auswüchse, wie sie im Dritten Reich per Gesetz legalisiert wurden, sofort und ohne Grundrechtsverletzungen zu verhindern. Eine Vorlage des Gesetzes vor das Bundesverfassungsgericht ist nicht möglich, da Art. 19 I 2 GG Gesetzeskraft besitzt, die Nichtigkeit des Gesetzes nicht noch ein weiteres Mal festgestellt werden kann und darf, alle Verwaltungsakte, Umsatzsteuerbescheide, Durchsuchungen, Festnahmen sowie auch das Kassieren der Mehrwertsteuer durch den Handel ist mangels eines gültigen Umsatzsteuergesetzes nichtig. Selbst die Erhöhung der Umsatzsteuer von 16 auf 19 Prozent geschah ohne eine gesetzliche Grundlage. Dieses ist der wohl bisher dreisteste Fall von Verfassungsbruch in der Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bundesweit sind inzwischen unzählige Verfahren und Klagen wegen der Nichtigkeit sämtlicher Umsatzsteuer-

bescheide seit dem 1. Januar 2002 anhängig. So lange jedoch der Bundesbürger insbesondere der Finanzverwaltung im vorausgehenden Gehorsam folgt und sich nicht mit seinen grundgesetzlich verbürgten Rechten gegen die Gesetzlosigkeit und Willkür des Fiskus wehrt, bleibt ihm nichts anders übrig, als sich bis zur persönlichen wie wirtschaftlichen Existenz vernichten zu lassen.

Die deutsche Finanzverwaltung steht bis heute noch immer mit dem auch für sie verbindlichen Grundgesetz auf Kriegsfuß, denn entgegen der einmal in Deutschland gültig gewesenen Weimarer Verfassung sieht das deutsche Grundgesetz keine Steuerpflicht des Bürgers kraft Verfassung vor, so dass den Bürger dessen Grundrechte auch gegenüber Eingriffen aber insbesondere Übergriffen der Finanzämter schützen. Im Jahr 2002 hat der ehemalige Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof

in einem bemerkenswerten Aufsatz geschrieben: »Der Rechtsgedanke scheint im Steuerrecht verloren gegangen zu sein. Im Steueralltag redet der Finanzbeamte mit dem Steuerpflichtigen weniger über das Gesetz, sondern mehr über seine dienstlichen Anweisungen, über Richtlinien und Erlasse. Er kennt das Gesetz vielfach nicht. Es interessiert ihn (den Finanzbeamten) auch nicht, er vollzieht seine dienstlichen Weisungen. In soweit müssen wir auch im Steuerrecht diesen Rechtsstaat wieder elementar neu errichten.« Dem ist gegenwärtig nichts hinzuzufügen.

BURKHARD LENNIGER
21762 Otterndorf

Leserbriefe stellen keine redaktionellen Meinungsäußerungen dar; sie werden aus Zuschriften, die an das WESTFALEN-BLATT gerichtet sind, ausgewählt und geben die persönlichen Ansichten ihres Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.